

Calmer Calwblatt

Nr. 6

Amis- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 RM., Familienanzeigen 30 RM., Reklamen 150 RM. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Preisliste 2.

Dienstag, den 9. Januar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustelldienst 630 RM. monatlich, Postbezugspreis 630 RM. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr abends.

Neueste Nachrichten.

Der deutsche Reichskanzler hat den Vertretern der amerikanischen Presse mit wünschenswerter Deutlichkeit erklärt, daß wir die unerfüllbaren Forderungen Frankreichs nicht annehmen werden. Wenn Frankreich angesichts unserer Zahlungsunfähigkeit ins Ruhrgebiet einmarschiere, so sei das ein glatter Rechtsbruch, gegen den die deutsche Regierung schärfste Verwahrung einlegen werde.

Der französische Führer, daß Frankreich zuerst das Ruhrgebiet besetzen und dann mit Deutschland über ein Moratorium verhandeln wolle, wird von der gesamten deutschen Presse abgelehnt, da Deutschland mit Frankreich allein niemals über das Reparationsproblem verhandeln werde.

England und Amerika scheinen sich trotz ihrer Ansicht über die Unfähigkeit des französischen Unternehmers noch zu keinem neuen Schritt entschlossen zu haben.

Im Orient scheint eine Verschärfung der Verhältnisse eingetreten zu sein. So wird von militärischen Operationen der Griechen in der Nähe Adrianopels gemeldet. Beruht diese Meldung auf Wahrheit, so wäre mit ernstesten Konflikten zu rechnen. Sollte der neue Druck Frankreichs vielleicht mit den Vorgängen im Orient zusammenhängen? Bekanntlich hat Poincaré seine Absichten gegenüber Deutschland auch der Kleinen Entente und Polen bekannt gegeben, was gleichbedeutend mit einer indirekten Mobilisierung an seine europäischen Vasallen ist.

Das Reparationsproblem. Nach der Pariser Konferenz.

Als Briand auf der Konferenz von Cannes grundsätzlich auf die englische Auffassung einzugehen gewillt war, daß das Reparationsproblem hinsichtlich der Höhe der deutschen Zahlungsverpflichtungen einer Revision unterzogen werden müsse, um die deutsche Wirtschaft und Finanzkraft zu erhalten, da wurde er von dem nationalistischen Block, der den größten Teil der maßgebenden Presse Frankreichs beherrscht, zurückgerufen, das Ministerium gestürzt, und Poincaré an seine Stelle gesetzt. Poincaré wurde von den Nationalisten berufen, um die im Verfall der „Vertrag“ sich bietenden Möglichkeiten zu benützen, Deutschland eines bösen Willens in bezug auf die Einhaltung seiner Zahlungsverpflichtungen, und auf diese Weise dem alten Ziel der französischen Politik, der Annexion des Rheinlands und im Zusammenhang damit der Zertrümmerung des Deutschen Reiches näherzukommen. Zwecks Vermeidung einer Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage einer nach englischer (11) Ansicht wenigstens noch erträglichen Belastung Deutschlands sabotierte Poincaré von seiner Berufung an jede Konferenz, die Deutschland eine gewisse ihm im Verfall der „Vertrag“ zugeordnete, wenn auch nur passive Mitwirkung an der Feststellung seiner Schuld ermöglicht hätte, und suchte die Entscheidung immer auf die Vorkonferenz- oder Ministerpräsidenten-Konferenzen zu übertragen, in denen Frankreich seinen politischen Einfluß in viel höherem Maße zur Geltung zu bringen in der Lage war, weil es hier seine Absichten gegenüber Deutschland immer mit Kompensationen auf andern außenpolitischen Gebieten durchzusetzen in der Lage war. Deshalb ging Poincaré nicht nach Genua, um in jedem Augenblick auch hier durch die Erklärung der Unzulänglichkeit der französischen Vertreter die Möglichkeit zu besitzen, eine Frankreich nicht genehme Entwicklung der dort zur Beratung stehenden Weltwirtschaftsfragen zu hinterziehen, bei deren Behandlung natürlich auch der methodische Wahnsinn der Reparationspolitik Frankreichs gekennzeichnet werden mußte. Die nächste Etappe auf dem Wege nach dem französischen Ziele war die Besetzung Lond Georges, der die Absichten der Politik Frankreichs im Laufe der Zeit doch zu scharf gekennzeichnet hatte, als daß die Franzosen noch länger mit ihm als Vertreter eines verbündeten Staats hätten fortarbeiten können. In dem Kampf um die Befestigung Poincarés oder Lond Georges unterlag letzterer, weil England infolge der gefährlichen Entwicklung der orientalischen Krise die Lösung des Reparationsproblems zurückstellen, und die Hilfe Frankreichs in Anspruch nehmen mußte. Aber es zeigte sich bald, daß auch der neue englische Ministerpräsident trotz seiner freundschaftlichen Gesinnung für Frankreich nicht in der Lage war, die Reparationspolitik Poincarés in ihrem ganzen Umfange zu billigen, da

England sich wohl bewußt ist, daß die geplanten Gewaltschritte der Franzosen früher oder später zu einer Wirtschaftskatastrophe in Deutschland führen müssen, deren Auswirkungen nicht nur für Europa man in London befürchtet. Und nun ist man in London auf den gegebenenfalls vielleicht gerade so gefährlichen Ausweg verfallen, die Verantwortung für etwaige Gewaltmaßnahmen Frankreichs abzulehnen, den Franzosen aber freie Hand in bezug auf die gegen Deutschland etwa zu unternehmenden Aktionen zu lassen. Anders kann man die allerdings nur durch die Presse bekannt gewordenen Äußerungen Bonar Laws wohl nicht deuten, denn nach dem „Petit Parisien“, einem Blatt, das mit der französischen Regierung enge Beziehungen unterhält, soll der englische Ministerpräsident, als er sich von Poincaré verabschiedete, diesem „höchst aufrichtig guten Erfolg gewünscht haben“, damit man bei einem etwaigen Mißerfolg den Engländern keine Schuld wegen ihres Beiseitbleibens gebe. Im übrigen wurde aber von beiden Seiten offiziell und inoffiziell betont, daß diese Meinungsverschiedenheit in der deutschen Angelegenheit die Freundschaft der beiden Regierungen und Völker in keiner Weise beeinflussen werde. Es zeigt sich hier wieder die Richtigkeit unserer von jeher vertretenen Auffassung, daß England und Frankreich durch die enge Verbundenheit ihrer weltpolitischen Interessen so stark von einander abhängig sind, daß an eine Lösung ihrer Beziehungen in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Und deshalb darf es Frankreich auch wagen, gegebenenfalls „Kollert“ vorzugehen, weil weder England noch auch Amerika es ernstlich zu hindern geneigt sind. Wir müssen endlich der Tatsache in die Augen schauen, daß die Angelsachsen durch die Vernichtung der deutschen Flotte und der Konturierung der deutschen Volkswirtschaft ihr Ziel erreicht haben, und daß sie es angeht, die militärische Ohnmacht Deutschlands — vorläufig — wohl riskieren können, die Niederhaltung und wenn möglich Zertrümmerung Deutschlands ihrem Vorfälle in Europa zu überlassen, ja daß sie aus taktischen Gründen sogar die französische Politik scheinbar bekämpfen, Ichten Endes würden sie aber bei einer ernstlichen Auseinandersetzung Frankreichs mit Deutschland doch wieder an der Seite der Franzosen stehen. Ganz in demselben passiven Sinne wie die Äußerungen Bonar Laws zu deuten sich, lauten auch die Nachrichten aus Washington, wonach die amerikanische Regierung in der jetzigen Situation sich als „wohlwollender Zuschauer (1)“ bezeichnet, der mit allen an der Krise beteiligten Parteien in freundschaftlichem Verhältnis lebt. Das ist ein ebenso vorsichtiger wie bequemer Standpunkt, der aber praktisch zur Folge haben kann, daß dabei Deutschland und mit ihm Europa angesichts des amerikanischen „Wohlwollens“ in eine Katastrophe gestürzt wird, deren Auswirkungen schließlich auch Amerika die Augen aufgehen lassen könnten. Und gerade der Beschluß der Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein durch den Senat kann verhängnisvoll auf die Pariser Verantwortlichen wirken.

Formaljuristisch gedacht stehen wir jetzt vor folgender Situation: Am 15. Januar ist wieder eine Goldrate fällig, die nach dem Verteilungsplan Frankreich zu beanspruchen hat. Die Franzosen haben nun in der Reparationskommission den Beschluß einer Verfestung Deutschlands in bezug auf die Holzlieferungen durchgesetzt, wobei sie keinen Unterschied zwischen a b s i c h t l i c h er oder durch Lieferungsunfähigkeit bewirkter Verfestung machen. Nach dem Verfall der Vertrag darf aber nur eine Verfestung, bei der böser Wille festgestellt ist, als Anlaß zu Zwangsmaßnahmen genommen werden, und die Feststellung einer solchen Verfestung muß auch durch Mehrheitsbeschluß in der Reparationskommission erfolgen. Es wird nun darauf ankommen, erstens ob Frankreich in den nächsten Tagen einen dahingehenden Beschluß zustandebringt, und ob es dann auch das Mandat zur Ausführung der geplanten Maßnahmen im Rheinland und Ruhrgebiet erhält. So wie die Dinge im Augenblick der Abfassung dieses Aufsatzes stehen, müssen wir auf alles gefaßt sein, denn sowohl Italien wie Belgien scheinen stark in französischem Fahrwasser zu segeln, sodaß England bei etwaigem Widerstand isoliert wäre. Es ist allerdings auch zu beachten, daß in der Haltung Frankreichs viel — unter Umständen alles Theaterregie sein kann, und daß die englische Politik ebenfalls sich bewußt zurückhält, um aus Deutschland die größtmöglichen Zugeständnisse herauszupressen. Sehr viel wird es daher auf die Orientiertheit und Festigkeit der deutschen Regierung ankommen, und nicht zuletzt auf das hinter ihr stehende deutsche Volk, wie diese nach Versailles vielleicht schwersten Entscheidungen ausfallen. Das scheint sicher zu sein, das Kabinett Cuno wird keine Zugeständnisse machen, die für die deutsche Volkswirtschaft unerfüllbar sind, und sie wird zweifellos auch die nötigen Schritte unternehmen, um einen Rechtsbruch seitens der Franzosen,

wie ihn die geplanten Gewaltmaßnahmen darstellen würden, entsprechend vor aller Welt zu kennzeichnen. O. S.

Die deutsche Regierung bleibt fest.

Erste Erklärungen des deutschen Reichskanzlers.

Berlin, 8. Jan. Reichskanzler Dr. Cuno empfing heute vormittag die hiesigen Vertreter der amerikanischen Depeschenagenturen und gab ihnen gegenüber folgende Erklärungen ab: Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Reparationsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgeschoben. Frankreich scheint sich zu dem Versuch anzuhängen, seine Ansprüche im Wege des Zwangs und der Gewalt durchzusetzen. Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen in Frankreich wirklich glaubt, durch einen solchen Zwang die Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich sagte schon in meiner Hamburger Rede, daß jede Zwangsmäßnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten würde. Das kann ich heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen, denn so sehr wir bereit waren und es auch heute noch sind, freiwillig und gestützt auf unsere Wirtschaft bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir willens, uns irgend einem Zwang zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unersagliche getan. Wir sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Rechts gehen. Unter Druck und Drohungen werden wir nicht handeln. Wir werden der Gewalt nicht mit Gewalt entgegenkommen. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volk tun können, das ist, die wirtschaftliche Unvernunft und Rechtslosigkeit des französischen Vorgehens der Welt in ihrem wahren Licht zu zeigen. Gewalt bleibt Gewalt! Frankreich verliert die geplante Aktion mit einem Schein des Rechts zu umkleiden, indem es von Sanktionen und Pfändern spricht, die in den Bestimmungen des Pariser Vertrags ihre Stütze haben sollen. So ungeheuerlich er auch sonst ist, er geht nicht so weit, den Alliierten bellische Angriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung ihrer Forderung aus dem Vertrag, namentlich zur Sicherung der Reparationsforderung, halten die Alliierten für eine bestimmte Zeit die Rheinlande besetzt, eine Garantie, wie sie stärker und drückender wohl in keinem Friedensvertrag zwischen Kulturvölkern festgelegt wurde. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des das Besatzungsrecht regelnden Abkommens hält, oder wenn es sogar seine Hand noch über das Rheinland hinaus auf unbesetztes deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht eine Ausübung des vertraglichen Rechts, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.

Zuerst Gewalt, dann Verhandlungen?

Berlin, 9. Jan. Die Blätter schreiben zu der Ankündigung der französischen Presse, daß die Pariser Regierung nach der Besetzung Essens in direkte Verhandlungen über ein Moratorium mit der deutschen Regierung eintreten wolle, eine Besetzung Essens sei das ungeeignete Vorwort für die Eröffnung einer direkten Aussprache. Sonderverhandlungen mit Frankreich über die Reparationsfrage seien für die deutsche Regierung eine Unmöglichkeit, da, laut Friedensvertrag nur die Gesamtheit der Entente als Verhandlungsfaktor in Betracht komme. Gegen eine Besetzung von Essen, die eine Vergewaltigung des Pariser Vertrags sein würde, habe das entwaflnete Deutschland kein anderes Mittel als das des Protestes, von dem es auch Gebrauch machen werde. Im übrigen hoffe man, daß Frankreich selbst sehr bald zu der Einsicht gelangen werde, daß derartige Gewaltmittel am allerwenigsten geeignet seien, Reparationen zu erhalten und die zerstörten französischen Gebiete wieder aufzubauen. — Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet sieht man dort mit ruhiger Gelassenheit dem Kommen entgegen. Heute nachmittag soll in einer Ministerbesprechung die Haltung Deutschlands zu dem drohenden Gewaltakt Frankreichs behandelt werden.

Die militärischen Vorbereitungen für den Einmarsch ins Ruhrgebiet.

London, 8. Jan. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, seinen Informationen zufolge werden die französischen Sanktionen ohne Verzug angewandt werden. Vor bezw. unmittelbar nach dem 15. Jan. werde der Schritt erfolgen. Wahrscheinlich werde Frankreich schließlich einem bedingten Moratorium zustimmen, da die Regierungen nicht hätten übereinkommen können.

htigt bin, im
einach
Art
en wie beim
lw erinnern,
berechtigt bin,
en.
Calw
ein Calw
ute abend
Turn-
sammlung.
shund,
eitenhal-band
verlaufen.
unft über dessen
ten an
Stör, Calw.
Mann sucht
sofort
beit
esinntem Land-
Nähe Calws.
unter L. M. 5
istst. ds. Bl.
fagen,
mühlen,
nwagen,
luge
rotmühle
ng billig zu verl.
Schmidmistr.
haltenes
- Büfett
Vorstadt 273.
ster Tage nach
kaufe
Bebisse.
pro Jahr
000 Mk.
zähne und
tiste ganz
e Preise.
Adressenangabe
istst. ds. Bl. erb.
etalle.
400 Mk.
550 "
750 "
1000 "
2000 "
60 "
50 "
Druck-
Bücher 70 "
Kilo.
en 50 "
Mägen 40 "
en 30 "
Stück.
sowie auch
rner Felle all.
angekauft bei
& Herz,
rzheim
mühligasse 6,
echer 2681.
Quantitäten werd.
bevorzugt, erst.
olt.

